N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 22. Februar 2013, 16:30 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Dr. Wiegand, Wölk
CDU:	Heck, Jannasch, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel,
GRÜNE:	Dr. Baumann, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Dr. Lindemann-Stark, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Schartner
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
Piraten	Dr. Weber

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Böttcher, Weidemann (SPD) Brunnet, Kaufmann, Kissel, Vaupel (CDU), Sawalies (FDP)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:36 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Besonders begrüßt wird der neue Stadtverordnete Dr. Michael Weber (Piraten Partei), der für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Sascha Klee (zuletzt parteilos) nachgerückt ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht viel Freude und Erfolg bei der Ausübung des Mandats.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Januar 2013 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Der Stadtverordnete Köster (Marburger Linke) erklärt, dass sich seine Fraktion bei der Genehmigung der Niederschrift enthalten wird.

Anschließend erinnert der Stadtverordnetenvorsteher in einem kurzen Wortbeitrag mit statistischen Angaben über in dieser Legislaturperiode abschließend erledigten Anträgen der Fraktionen, Vorlagen des Magistrats und kleinen und großen Anfragen an die besondere Effektivität der Stadtverordnetenversammlung Marburg und bezieht sich im Vergleich dazu auf einen Pressebericht über die Arbeit des Kreistages des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei **Dringliche Anträge** vor.

1. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Neuer Botanischer Garten
VO/2078/2013

Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke). Gegen die Dringlichkeit wird aus dem Hause kein Widerspruch vorgetragen.

Somit wird der Dringliche Antrag als TOP 9.1 in die heutige Tagesordnung

aufgenommen und entsprechend aufgerufen.

Der Dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Übergangslösung G8 – G9 VO/2082/2013

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch die Stadtverordnete Schaffner (CDU). Gegen die Aufnahme dieses Dringlichen Antrages in die Tagesordnung wird nicht gesprochen.

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) meldet zu der Vorlage die **Aussprache** an.

Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag als **TOP 9.2** in die Tagesordnung aufnehmen. Auch dieser Dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Veränderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen.

Im Übrigen wird die Tagesordnung genehmigt.

Zum weiteren Verfahren gibt die Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) bekannt, dass der **Tagesordnungspunkt 10.26 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Konzept für eine quartiersbezogene Altenhilfe auf dem Richtsberg VO/2048/2013** vom Haupt- und Finanzausschuss in den Sozialausschuss überwiesen wurde.
Sie beantragt hierzu, den Antrag erneut im Haupt- und Finanzausschuss und nicht im Sozialausschuss zu beraten.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Verfahrensantrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Piraten Partei, der FDP und des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 10.26 wird weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss und nicht im Sozialausschuss beraten.

Der Stadtverordnete Stötzel (CDU) trägt noch eine redaktionelle Änderung zum **TOP 9.1 Dringlicher Antrag Fraktion Marburger Linke betr. Neuer Botanischer Garten** vor. Die Beschlussformulierung sollte lauten:

„Die Hessische Landesregierung wird gebeten, nach erfolgreicher Aufnahme in die hessische Denkmalliste als Garten- und Parkanlage, sich um Fördermittel für den Neuen Botanischen Garten u. a. bei der Deutschen Stiftung Denkmalschutz zu bewerben, um den weiteren Fortbestand zu gewährleisten.“

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Die redaktionelle Änderung des Beschlusstextes wird somit übernommen.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 1 02/2013) Vorlage: VO/2093/2013

Wie und wofür wurde die 4 Mill. € Spende von Herrn Dr. Pohl verwendet und in welcher Höhe stehen davon jetzt noch Mittel für andere Projekte zur Verfügung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 24.02.2012 nach ausführlicher Erörterung davon Kenntnis genommen, dass mit der Ende Dezember 2012 eingegangenen Spende entsprechend dem Wunsch des Spenders und gemäß den haushaltsrechtlichen und spendenrechtlichen Regeln wie folgt umgegangen wurde:

„1.000.000 € wurde im Ergebnishaushalt verbucht, davon jeweils 250.000 € in den Produkten 240010 Sonstige schulische Aufgaben, 241010 Kulturelle Förderung, 241020 Kulturelle Veranstaltungen, 515610 Kinder- und Jugendförderung;

2.000.000 € wurden im Finanzhaushalt beim Produkt 240010 Sonstige schulische Aufgaben verbucht;

500.000 € wurden weitergeleitet an die Stiftung St. Jakob;

500.000 € wurden weitergeleitet an die Stiftung Heilige Elisabeth.

Der bei der Stadt Marburg verbliebene Betrag von 3 Mio. € wurde unverzüglich gebucht und stärkt die Liquidität.

Der Regierungspräsident in Gießen wurde im Januar 2012 über den Sachverhalt informiert."

Weiter hat sich die Stadtverordnetenversammlung per Beschluss vorbehalten, im Rahmen des Spenderwillens, im Rahmen des Spendenrechts und im Rahmen des Haushaltsrechts über eine geänderte Verwendung der Spende gesondert zu beschließen.

Solche Beschlüsse wurden bisher nicht gefasst.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls

durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 2 02/2013) Vorlage: VO/2094/2013

Die Beleuchtung des Verbindungsweges zwischen Haltestelle Christian - Wolf - Haus und Beltershäuser Straße ist sehr schlecht; durch Baumwuchs ist dieser Weg von der Straße schlecht einsehbar und stellt eine Sicherheitslücke dar.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Verbindungsweg selbst ist durch eine Leuchte ausgeleuchtet. Diese ist mittlerweile lichttechnisch veraltet und der Reflektor sowie die Glasabdeckung verschlissen.

Der Rückschnitt des Baumbewuchses wurde beauftragt und die veraltete Beleuchtung soll gegen LED-Leuchten ausgetauscht werden. Die Kosten dieser Maßnahme beziffern wir auf ca. 100,- € für Montage. Die Leuchte selbst wird aus unserem Muster - Lagerbestand entnommen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schaffner (CDU) wird ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 3 02/2013) Vorlage: VO/2095/2013

Gibt für die Ausbesserungen von erheblich beschädigten Straßen in Marburg bereits eine Prioritätenliste für 2013?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Prioritätenliste für die Instandsetzung der Straßen in 2013 kann erst im Frühjahr erstellt werden, wenn alle durch den Winter entstandenen Schäden erfasst und bewertet wurden.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 4 02/2013) Vorlage: VO/2096/2013

Hat der Magistrat bereits die zeitnahe Einrichtung eines "Twitter-Accounts" zur Übermittlung von beispielsweise aktuellen Verkehrsmeldungen, Straßensperrungen, Busausfällen oder Baustellenverkehren usw. geplant?

Insbesondere Menschen mit Sehbehinderung und/oder anderen körperlichen Beeinträchtigungen könnte dadurch in kürzester Zeit über der gleiche Sachverhalte kostenlos unter Zuhilfenahme von speziellen Lesegeräten informiert werden. Zahlreiche andere deutsche Städte praktizieren bereits einen solchen Service und könnten als Vorlage für Marburg dienen.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Am 23. Januar 2013 stellte der Fachdienst 13 (Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Bürger/innen-Kommunikation) den Führungskräften der Verwaltung der Universitätsstadt Marburg die Online-Strategie des Fachdienstes vor, mit einer zeitlichen Perspektive bis Mitte 2014. Dabei wurden Themen und Aufgabenfelder skizziert, aber noch keine Einzelmaßnahmen fixiert.

Wir werden die Anregung gerne aufnehmen und prüfen, welche organisatorischen Voraussetzungen/Strukturen für die Nutzung eines Twitter-Accounts für

Verkehrsmeldungen, Änderungen bei Busfahrplänen, Baustellen etc. geschaffen werden müssen und eine Umsetzung prüfen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 5 02/2013)
Vorlage: VO/2097/2013

Welche landschaftsverändernden Maßnahmen sind im Bereich des heutigen Restaurants Sellhof geplant, und welcher Zusammenhang besteht mit der DVAG?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In der Stadtplanung sind keine geplanten landschaftsverändernden Maßnahmen im Bereich des Sellhofs bekannt.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 6 02/2013)
Vorlage: VO/2098/2013

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wie teuer ein AST-Annahme-System wäre, wo man ebenfalls eine Internetbuchung tätigen könnte, wenn man zum Beispiel regelmäßiger „Stammnutzer" des AST (Anruf-Sammel-Taxi) ist.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ein solches AST-Annahme-System ist aktuell bei den Stadtwerken nicht vorgesehen. Wir werden uns aber um entsprechende Informationen kümmern und melden uns zu gegebener Zeit wieder.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 7 02/2013)
Vorlage: VO/2099/2013

Der Magistrat wird gebeten, darüber Auskunft zu geben, wie weit die Einführung einer Wertstofftonne ist und ob nicht auf jedem Ortsteil eine Annahmestelle für defekte Leuchtmittel und Metall eingerichtet werden kann.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

1. Wertstofftonne
Leichtverpackungen werden in der Stadt Marburg wie folgt eingesammelt:

§ Gelbe Säcke (Regelsystem) oder
§ Gelbe Container (1,1 m³) bei mehrgeschossigen Wohnanlagen
§ Gelbe Tonnen (Ausnahme vom Regelsystem - in Gebieten mit starken Tierproblemen, wie Marder, Ratten, Krähen, …)

Für die künftige Wertstoffsammlung der Leichtfraktion (Kunststoffe, Verpackungen) muss noch das Gesetzgebungsverfahren für das „Wertstoffgesetz“ abgewartet werden. Ab 2015 sollen Wertstoffe mittels der „Wertstofftonne“ eingesammelt werden können.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf wird das jeweilige Sammelsystem für Verpackungen zwischen dem kreiseigenen Betrieb „Abfallwirtschaft Lahn-Fulda“ (ALF) mit dem DSD abgestimmt. Marburg und die anderen kreisangehörigen Kommunen werden gemeinsam mit ALF das Gesetzgebungsverfahren sowie die Entwicklungen in anderen Kommunen beobachten und zur gegebenen Zeit die Einführung einer Wertstofftonne für Marburg und den Landkreis prüfen.

2. Sammelstelle für defekte Leuchtmittel und Metalle in den Stadtteilen

a) Leuchtmittel sind „Elektronikschrott“ und von der Einsammlung ausgeschlossen. Der Landkreis Marburg Biedenkopf hat in seiner Zuständigkeit gelöst, dass Leuchtmittel bei der Sondermüllabgabe sowie bei INTEGRAL, Umgehungsstraße, Cappel, abgegeben werden können. Zusätzlich nimmt das Gewerbe teilweise gebrauchte Leuchtmittel / Energiesparlampen zurück:

§ dm-Drogeriemarkt, Erlenring 9
§ dm-Drogeriemarkt, Neue Kasseler Straße 26
§ Expert - Medialand, Im Schwarzenborn 2, Kaufpark Wehrda

§ Hessische Elektrogroßhandlung, Schlosserstraße 8
§ OBI - Kaufpark Wehrda
§ Praktiker Baumarkt, Afföllerstraße

b) Metalle
Metallverpackungen werden mittels „Gelbem Sack“ eingesammelt. Teilweise bestehen hierfür noch Sammelcontainer von INTEGRAL an den Glascontainerstandorten bereit. Die Akzeptanz ist rückläufig.

Sperrige Metalle werden im ganzen Stadtgebiet durch Anmeldung beim Sperrmüll auf Termin eingesammelt. Zusätzlich fahren regelmäßig an den Wochenenden Metallsammler durch alle Ortsteile.

In Marburg können Metalle auch kostenlos direkt bei INTEGRAL, Umgehungsstraße, Cappel, beim Servicehof des DBM „Am Krekel“ und bei der Müllumladestation, Siemensstraße, abgegeben werden. Bei INTEGRAL besteht auch die Möglichkeit zur Abgabe von Elektrogeräten und Elektroschrott.

Sammelstellen für größere Metalle werden nicht empfohlen - die Annahme müsste überwacht werden, damit die Container nicht als kostenlose Sammelstelle für allgemeinen Haus- und Sperrmüll missbraucht würden.

Deshalb wird ein weiterer Bedarf für Metallsammlungen weder vom DBM noch von dem Fachdienst Umwelt, Fairer Handel und Abfallwirtschaft gesehen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 8 02/2013) Vorlage: VO/2100/2013

Anfang 2008 hat die Universitätsstadt Marburg die „Millenniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages" zur Unterstützung einer weltweiten Entwicklungspolitik unterzeichnet. Die Erklärung unterstreicht u. a. das Ziel, den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, zu halbieren. Welche Aktivitäten hat die Stadt Marburg bisher gefördert bzw. entfaltet und welche möchte sie zukünftig entwickeln bzw. fördern, um einen Beitrag zu leisten, die Millenniumsziele zu unterstützen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die von der Universitätsstadt Marburg Anfang 2008 unterzeichnete Millenniums-Erklärung beinhaltet folgende Entwicklungsziele.

1. den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren;
2. allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen;

3. die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte von Frauen stärken;
4. die Kindersterblichkeit verringern;
5. die Gesundheit der Mütter verbessern;
6. HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen;
7. den Schutz der Umwelt verbessern;
8. eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

Die Universitätsstadt Marburg handelt durch verschiedene eigene Initiativen und durch Unterstützung anderer lokaler Akteure, die sich dieser Thematik verpflichtet fühlen, im Sinne der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

So unterstützen wir in diesem Jahr mit einer Spende von 10.000,00 € ein Projekt von Terra Tech in Afrika.

Des Weiteren werden Projekte wie „1.000 Bäume“, die Förderung der Windkraft und Photovoltaikanlagen finanziert bzw. unterstützt. Zuschüsse für die Förderung der Gleichstellung oder für die Aids-Hilfe sind ebenfalls im Haushalt verankert.

Marburg ist, durch den Gewinn des Wettbewerbes, seit 2009 „Hauptstadt des Fairen Handels“. Für den fairen Handel in Marburg gibt es eine Steuerungsgruppe, die bei der Stadtverwaltung Marburg angesiedelt ist.

Die Universitätsstadt Marburg ist überregional bekannt für ihr Engagement des fairen Handels. Um diesem Engagement eine noch breitere Plattform und Aufmerksamkeit zu verschaffen, gibt es seit September 2012 eine innovative Homepage, mit der man fair gehandelte Produkte aus dem Marburger Einzelhandel mit einem Mausklick finden kann. Daneben gibt es vielfältige Informationen zu Gütesiegeln und zum fairen Handel. Die Internetadresse lautet: www.marburg-FAIRbinden.de <http://www.marburg-FAIRbinden.de>.

Ebenfalls wird darauf geachtet, dass Kinderarbeit auf gar keinen Fall unterstützt wird. So wurde z. B. bei der Auswahl der Steine vor der Elisabethkirche explizit darauf geachtet, dass diese Steine nicht durch Kinderarbeit hergestellt wurden.

Zudem ist die Universitätsstadt Marburg Mitglied im Klima-Bündnis, dem größten europäischen Städtenetzwerk zum Klimaschutz.

Auch zukünftig wird die Universitätsstadt Marburg im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Millenniumsziele unterstützen.

Von 17:03 Uhr bis 17:05 hat die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 9 02/2013) Vorlage: VO/2102/2013

Nach Schätzung des DLRG sind 25 % aller erwachsenen Nichtschwimmer oder schlechte Schwimmer („Die Welt" 04.07.2009). Gibt es in der

Universitätsstadt Marburg spezielle Schwimmkurse, um Erwachsenen das Schwimmen beizubringen? Falls nein, kann die Stadt Marburg in Abstimmung mit den Vereinen ein entsprechendes Angebot organisieren?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

In der Stadt Marburg gibt es spezielle Schwimmkurse, um Erwachsenen das Schwimmen beizubringen. Das Angebot erfolgt durch eine Kooperation zwischen der VHS und der DLRG.

Seit 1998 bietet die VHS Schwimmkurse an, einen Nichtschwimmerkurs ursprünglich für ausländische Frauen. Seit dem Jahre 1999/2000 bietet die VHS auch einen Nichtschwimmerkurs für alle an.

Von der VHS wurden folgende Teilnehmerzahlen mitgeteilt:

Jahr	Anzahl Wintersemester	Anzahl Sommersemester
2004	19	24
2005	15	12
2006	19	24
2007	22	17
2008	19	13
2009	23	14
2010	13	15
2011	9	6
2012	12	9

Auch im aktuellen VHS-Programm sind die entsprechenden Kurse angeboten:

Unter der Kursnummer 30270 und 30271 sind die entsprechenden Angebote zu finden:

30270 Schwimmstilverbesserung, Ausdaueraufbau und Schwimmtechniken
30271 Kurs für Nichtschwimmer/innen

Da es das Angebot in Marburg gibt, erübrigt sich die Beantwortung der Frage 2.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke) wird ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler (Nr. 10 02/2013)
Vorlage: VO/2103/2013

Ist es im Zeitalter von Internet und Online-Banking möglich, die Beauftragung des DBM für die Abholung von Grünschnitt zu vereinfachen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Beauftragung des DBM mit der Abholung von Schnittgut kann derzeit über drei Wege erfolgen. Das Ausfüllen und Verschicken der Grünen Karte sowie die persönliche Vereinbarung eines Termins im Abfallservice-Büro des DBM, mit der Möglichkeit den Betrag von 6,00 Euro bar einzuzahlen, sind seit Langem etabliert und werden gut angenommen.
Seit September 2010 besteht darüber hinaus die Möglichkeit, die Abholung per E-Mail zu bestellen.

Der DBM ist damit dem Wusch von Kundinnen und Kunden nachgekommen, die ausschließlich über ein kostenloses online-banking-Konto bei Ihrem Bankinstitut verfügen.
Für die Vergabe eines Termins muss der/die Antragsteller/in lediglich die vom DBM, in einer vorgefertigten E-Mail-Vorlage, abgefragten Angaben machen und eine Datei (zumeist ein pdf-Format) des Überweisungsauftrages im Anhang mitschicken. Die Benachrichtigung über den Termin erfolgt zeitnah per E-Mail. Dieser Service wird mit durchschnittlich 2 Mails täglich gut angenommen.

Überlegungen, den Datentransfer weiter auszuweiten, sind bisher nicht konkretisiert worden, da eine Installation aufwändig und kostspielig wäre. Der Bedarf ist im Vergleich dazu eher zu vernachlässigen. Zudem wäre von dem vergleichsweise geringen Betrag von 6,00 Euro jeweils ein Teil (ca. 20 Cent) abzuführen.

Die geplante Einführung des Kassenprogramms SEPA bei der Stadtverwaltung Marburg wird diese Kleinst-Vorgänge für alle Beteiligten zusätzlich verkomplizieren, da dann schriftliche Vollmachten zu jedem Bankeinzug vorliegen müssen. Dieser Aufwand erscheint für einen einfachen Vorgang, wie den einer Schnittgut-Bestellung inklusive der Überweisung von 6,00 Euro sowie der Personenkontenverwaltung von mehreren tausend Konten als eher unverhältnismäßig.

Insofern ist also eine Internetanmeldung grundsätzlich möglich und wird auch genutzt. Seitens DBM wird aber darauf geachtet, bei möglichen technischen Erleichterungen des Zahlungsverkehrs das Angebot zu erweitern.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Suntheim-Pichler wird ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler (Nr. 11 02/2013)
Vorlage: VO/2104/2013

Gibt es schon einen Ausweichstandort für den Wochenmarkt am Firmaneiplatz, wenn dieser im nächsten Jahr wegen der Bauarbeiten am Campus weichen muss?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach Informationen des Fachbereichs Planen, Bauen und Umwelt ist mit Baumaßnahmen am Firmaneiplatz nicht vor 2015 zu rechnen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird

ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 12 02/2013)
Vorlage: VO/2105/2013

Kann der Magistrat Auskunft erstellen, warum der diesjährige Rosenmontagsumzug der Erich-Kästner-Schule nicht stattfinden konnte, obwohl er eine über 20jährige Tradition hat und sicht der Magistrat Möglichkeiten, diesen wieder stattfinden zu lassen im nächsten Jahr?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Rosenmontagsumzug wird seit vielen Jahren von der Erich-Kästner-Schule mit zum Teil über 100 Grundschulkindern durchgeführt. Die Kinder laufen nur von wenigen Lehrkräften begleitet durch die Straßen des Ortsteils Cappel unter anderem auch über die stark befahrene Marburger Straße. Die Geschäfte in Cappel versorgen die Kinder mit Süßigkeiten und kleinen Geschenken.
Ein Mitarbeiter der Straßenverkehrsbehörde hat vor zwei Jahren den Zug beobachtet und verwaltungsintern wurde entschieden, dass zur Sicherheit der Kinder eine Begleitung durch die Ordnungspolizei unbedingt notwendig ist.
Im Jahr 2012 haben Ordnungspolizeibeamte erstmals für die Sicherheit gesorgt, in dem z. B. die Fahrzeuge an den Kreuzungen gestoppt worden sind, die in den vergangenen Jahren teilweise erst direkt vor den Kindern angehalten haben.
Danach wurde mit dem Schulleiter diskutiert, ob man den Zug nicht auf den Dienstag verlegen sollte, weil alle Mitarbeiter des Ordnungsamtes bereits mit dem Rosenmontagsumzug in der Innenstadt belastet sind. Diese Idee wurde aber verwaltungsintern schnell verworfen, weil der Umzug in Cappel langjährige Tradition hat und die Schulkinder wie auch viele andere Cappeler Bürgerinnen und Bürger sehr viel Spaß bei diesem Umzug haben.

In diesem Jahr sollte der Umzug erstmals so mit allen Genehmigungen ausgestattet werden wie bei jedem anderen Umzug (Rosenmontagsumzug, Laternenumzüge von Kindergärten usw.), der auf öffentlichen Straßen stattfindet.
Alle Mitarbeiter des Ordnungsamtes haben sich damit einverstanden erklärt, die Schulkinder zu begleiten, obwohl dafür Doppelschichten angesetzt werden mussten, weil die Abnahme des Rosenmontagszuges und Verkehrsregelungen in der Innenstadt ab 12.00 Uhr notwendig sind.

Problematisch für den Schulleiter war das Unterschreiben der so genannten Freistellungserklärung, nach der die Stadt Marburg und das Land Hessen (für Polizei und Straßenbaulastträger) von Schadensersatzansprüchen frei gestellt werden. Falls für eine Veranstaltung keine Haftpflichtversicherung besteht und Schäden entstehen, kann ggf. auf die Stadt bzw. das Land zurückgegriffen werden.
Veranstalter sollten grundsätzlich eine Veranstaltungshaftpflichtversicherung abschließen.
Die Schulleitung konnte während der Vorgespräche nicht darlegen, ob die Schulkinder in den vergangenen Jahren versichert waren bzw. ob sie in diesem Jahr versichert sind.
Daraufhin wurde vorgeschlagen, in diesem Jahr eine

Veranstaltungshaftpflichtversicherung abzuschließen, falls die allgemeine Haftpflichtversicherung der Schule nicht für Schäden eintritt. Der Ortsbeirat Cappel so wie auch Privatpersonen hatten sich sogar bereit erklärt, die Kosten dafür zu übernehmen.
In einem Anschreiben der Schulleitung an die Geschäfte in Cappel wurde diese Entscheidung mit den „enormen Auflagen der Stadt" begründet, nach einem Protest des Ordnungsamtes heißt es in dem Informationsschreiben an die Eltern nur noch „die enormen Auflagen".

Die Auflagen sind für jede Veranstaltung auf öffentlichen Straßen gleich. Nur bei Besonderheiten gibt es besondere Auflagen.
Aus Sicht des Ordnungsamtes hätte der Rosenmontagsumzug der Schulkinder der Erich-Kästner-Schule in diesem Jahr stattfinden können und kann auch in Zukunft stattfinden.
Voraussetzung für die Schule ist eine Haftpflichtversicherung. Die Begleitung durch die Ordnungspolizei ist gewährleistet.

Trotzdem hat sich die Schulleitung entschlossen, den Rosenmontagsumzug für die Schulkinder nicht durchzuführen.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Volz (Nr. 13 02/2013) Vorlage: VO/2106/2013

Für die Weidenhäuser Straße gilt abends und sonntags für den motorisierten Verkehr ein Durchfahrtsverbot. Dennoch wird dieses häufig ignoriert. Hinzu kommt, dass Autofahrer, die das Einfahrverbot übersehen oder ignoriert haben, sich überdies meist nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Dies führt häufig zu einer Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer und stellt daher für zahlreiche Anwohner ein viel beklagtes Ärgernis dar.
Ist es möglich, an der Einfahrt der Weidenhäuser Straße von der Straße „Erlenring" einen absenkbaren Poller zu installieren, der von Sonderberechtigten oder Rettungsdiensten temporär (beispielsweise mit einer Magnetkarte) abgesenkt werden könnte.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Weidenhäuser Straße ist als verkehrsberuhigter Bereich beschildert. Die Durchfahrt ist tagsüber nur für Anlieger gestattet.

Die Erfahrung an anderen Stellen im Stadtgebiet hat gezeigt, dass die bauliche Sperrung mit herausnehmbaren Pfosten, Schranken oder Hydropollern sich stets problematisch darstellt. Der Personenkreis der Nutzer kann vorab nicht abschließend ermittelt werden. U. a. ist für Schwerbehinderte mit blauem Parkausweis und für Taxen das Befahren der Weidenhäuser Straße jederzeit gestattet. Die Sperreinrichtungen werden immer wieder mutwillig zerstört oder bei

herausnehmbaren Pfosten ganz entfernt.

Um zu erreichen dass die bestehenden Regelungen in der Weidenhäuser Straße besser beachtet werden, werden Durchfahr- und Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Volz (Nr. 14 02/2013) Vorlage: VO/2107/2013

In welcher prozentualen Größenordnung liegen die Förderzuschüsse, die die Stadt z.B. nach FAG/GVFG oder anderen Bestimmungen erhalten kann, wenn sie Maßnahmen zum Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur (wie z.B. Neubau oder Ausbau von Radwegen) durchführt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Radverkehrsmaßnahmen werden vom Zuwendungsträger zwischen 60 % und max. 80 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert.
Zwei Beispiele:
Der Neubau des Lahnufer-Radweges an der Uferstraße zwischen Heusingerstraße und Lahnstraße wurde mit Bescheid aus 2010 mit 70 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert. Der Radweg hinter der Adolf-Reichwein-Schule (Bescheid vom Okt. 2012) wird mit 60 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 15 02/2013)
Vorlage: VO/2108/2013

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, ob nach dem Umbau der Stadthalle eine Ausstellungsmöglichkeit für heimische Künstler im Foyer geplant ist.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Mit Sanierung und Ausbau erweitert das Erwin-Piscator-Haus seine räumlichen Kapazitäten und damit auch die Ausstellungsmöglichkeiten. So soll in einem der Aktionsräume im 1. Obergeschoss eine Präsenzausstellung zu Erwin Piscator gezeigt werden. In den beiden Foyers im 1. und 2. Obergeschoss, aber auch in den Räumlichkeiten des KFZ, wird es geeignete Ausstellungsmöglichkeiten geben.
Derzeit betreut der Marburger Kunstverein e. V. die Ausstellungen in der Stadthalle. Diese gute Lösung sollte fortgesetzt werden, auch weil heimische Künstler dabei im Mittelpunkt stehen. Dies wird sicherlich auch für die Ausstellungsmöglichkeiten im neuen KFZ gelten.

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 16

02/2013)
Vorlage: VO/2109/2013

Kann der Magistrat darauf hinwirken, dass Hinweisschilder die Erreichbarkeit des Integrierten Pflegestützpunktes am Rudolphsplatz verbessern?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Vor dem Eingang des Gebäudes, in dem sich das Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt befindet, wird ein weithin sichtbarer und beleuchteter Schriftzug angebracht werden.
Die Nutzer des Beratungszentrums sind in den Entscheidungsprozess eingebunden. Die Untere Denkmalschutzbehörde ist informiert und hat keine Bedenken.

An der Rückseite des Gebäudes wird die vorhandene Hinweistafel so angebracht, dass sie besser als bisher gesehen wird. Die Beschilderung vom Parkplatz aus wird um einen weiteren Hinweis ergänzt, damit klar und verständlich ist: Der Eingang ist am Rudolphsplatz.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 17 02/2013)
Vorlage: VO/2110/2013

Hat der Magistrat der Stadt Marburg im Vorfeld der Überlegungen zum Bau eines Schrägaufzugs zum Schloß Erkundigungen eingeholt, inwieweit die Besitzer der zu bebauenden Grundstücke (Privateigentümer & Land Hessen) überhaupt bereit sind, ihre Besitztümer entsprechend zu veräußern bzw. zu vermieten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nein, bisher nicht.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel (Nr. 18 02/2013)
Vorlage: VO/2111/2013

Trifft es zu, dass auch in der Marburger Agentur f. Arbeit ein sog. Karrierecenter o.ä. der Bundeswehr eingerichtet wurde oder werden soll, in dem sog. Karriereberater der Bundeswehr junge Leute u.a. für Kriegseinsätze anwerben? Hält auch er es für problematisch, dass hier junge Arbeitssuchende ohne die Möglichkeit sich ausgewogen zu informieren möglicherweise unter Druck in eine Tätigkeit gedrängt werden, die bei vielen zu schweren Traumatisierungen führt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Aufgaben der Streitkräfte sind u. a. im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geregelt (GG Art 87a). Der Magistrat hat keinen Grund zu der Annahme, dass die Streitkräfte für Aufgaben eingesetzt werden, die nicht dem Grundgesetz entsprechen. Im Übrigen ist es auch nicht Aufgabe kommunaler Gremien zur Aufgabenerfüllung von Einrichtungen des Bundes Stellung zu nehmen oder die vorgefasste Meinung einer Fraktion dazu zu kommentieren.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster und Schalauske (Marburger Linke) werden vom Oberbürgermeister und vom Stadtverordnetenvorsteher beantwortet.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 19 bis 22 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 5 Bericht des Ausländerbeirats

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Vertreterinnen des Ausländerbeirats der Universitätsstadt Marburg. Er erinnert an die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung aus dem vergangenen Jahr, dem Ausländerbeirat ein Antragsrecht und einmal im Jahr einen Bericht in der Stadtverordnetenversammlung zu ermöglichen.
In der heutigen Sitzung wird der Ausländerbeirat seinen Jahresbericht vortragen, unterstützt durch eine Power Point Projektion. Für den Ausländerbeirat berichten die Mitglieder Goharik Gareyan-Petrosyan, Marico Engel, Dana Abdel Fatah sowie die Geschäftsführerin Maria Hennig.
Es wird auch darauf hingewiesen, dass der Ausländerbeirat seinen ersten Antrag an die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet und demnächst zur Beschlussfassung vorlegen wird.

Nach dem Bericht dankt der Stadtverordnetenvorsteher dem Ausländerbeirat für seinen detaillierten und umfangreichen Bericht und wünscht weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

---

zu 9.2 Dringlicher Antrag der CDU- Fraktion betrifft: Übergangslösung G8 – G9 Vorlage: VO/2082/2013

Zu dem Antrag wurde die Durchführung einer Aussprache vereinbart. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Schartner (FDP), Schaffner (CDU), Köster (Marburger Linke), Rink (SPD), Schartner (FDP), Stompfe (CDU) und erneut die Stadtverordnete Dorn (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderung des elternbund hessen e. V. (ebh) und fordert die Landesregierung mit Nachdruck auf, bis spätestens zu den Sommerferien eine Übergangslösung für Gymnasien zu schaffen, die künftig kein G8 mehr anbieten wollen.

Sie sollten den laufenden Klassen fünf und sechs erlauben, spätestens ab Klasse sieben nach G9 beschult zu werden.

---

zu 10.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommunale Betriebsprüfer bei der Gewerbesteuer Vorlage: VO/1972/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schalauske (Marburger Linke), Pfalz (CDU) und Oberbürgermeister Vaupel. Weiterhin sprechen erneut der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke) und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Debatte hat ab 18:39 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Enthaltung der Piraten Partei sowie Nein-Stimmen aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 10.17 Antrag der CDU- Fraktion betr. Englischsprachiger Unterricht Vorlage: VO/2000/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss hat den Antrag ausführlich beraten und empfiehlt mehrheitlich der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung. Die Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Range (CDU), Köster (Marburger Linke), Seitz (Bündnis 90/Die Grünen), Suntheim-Pichler (BfM), Dinnebier (SPD), Stompfe (CDU) und Rink (SPD).
Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, Enthaltung der MBL und Nein-Stimmen aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ab 19:15 Uhr hat wieder Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

zu 6 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 2/4 Campus Firmanei, Universitätsbibliothek
- Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans
Vorlage: VO/1987/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Im Bau- und Planungsausschuss hat die Stadtverordnete Bauder-Wöhr (Marburger Linke) gebeten, im Protokoll festzuhalten, dass der Magistrat im Rahmen dieser Diskussion ausdrücklich erklärt hat, der Alte Botanische Garten sei ein Einzelkulturdenkmal.

Der Stadtverordnete Jannasch (CDU) hat darum gebeten, als Protokollnotiz festzuhalten, dass sich die CDU-Fraktion aufgrund des mangelhaften Verkehrskonzeptes bei der Abstimmung über die Vorlage enthalte.

Der Antrag ist auch im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD).

Auch der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei sowie Enthaltung aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:

a) Die unter den Nummern 1.2, 1.7, 2.2 und 2.3 in der Anlage 1 angeführten Anregungen werden berücksichtigt.

b) Die unter den Nummern1.1, 1.3, 1.4, 1.5 und 1.8 in der Anlage 1 angeführten Anregungen werden teilweise berücksichtigt.
c) Die unter den Nummern 1.6, 2.1, 2.4, 2.5 und 2.6 in der Anlage 1 angeführten Anregungen werden nicht berücksichtigt.
d) Die Grundzüge der Planung werden von den gegenüber der Entwurfsfassung vorgenommenen Planänderungen nicht berührt.

2. Der Bebauungsplan Nr. 2/4 „Campus Firmanei, Universitätsbibliothek“ einschließlich Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 2/4 „Campus Firmanei, Universitätsbibliothek“ werden gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) und § 9 BauGB für diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

zu 7 Wirtschaftsplan 2013 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/1989/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von Marburger Linken, MBL und Piraten Partei sowie Ja-Stimmen aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der beigefügte Wirtschaftsplan 2013 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

---

zu 8 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: VO/2006/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

01. Der Jahresabschluss 2010 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung wird gemäß § 112 HGO i. V. mit § 51 Ziffer 9 HGO zur Kenntnis genommen und dem Prüfungsamt der Stadt Marburg zugeleitet.

Im Jahresabschluss ist berücksichtigt:

- **Der im Produkt 469030 "Abfallwirtschaft" entstandene Überschuss in Höhe von 382.894,91 € wird der**

Gebührenausgleichsrücklage "Abfallwirtschaft" zugeführt.

- **Die im Budgetbericht als Teil des Jahresabschlusses ausgewiesenen Budgetüberschreitungen werden innerhalb der Dezernatsbudgets bzw. innerhalb des Gesamtbudgets aller Dezernate ausgeglichen. Eine Vorbelastung der Budgets des Folgejahres erfolgt nicht.**

- **Der Überschuss im ordentlichen Ergebnis 2010 in Höhe von 8.754.319,72 € wird der Rücklage aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.**

- **Der Überschuss im außerordentlichen Ergebnis 2010 in Höhe von 262.219,34 € wird der Rücklage aus den Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.**

- **Dem Stiftungskapital der Adolf- und Luisa-Haeuser-Stiftung werden 10 % des Zinsertrages 2010 in Höhe von 1.702,10 € zugeführt.**

02. Nach Abschluss der Prüfung durch das Prüfungsamt der Stadt Marburg wird der Magistrat den dann geprüften Jahresabschluss zusammen mit dem Schlussbericht des Prüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung nach § 113 HGO und § 114 i. V. mit § 51 Ziffer 9 HGO zur Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss und über die Entlastung des Magistrats vorlegen.

---

zu 9 Dringlichkeitsanträge

---

zu 9.1 Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Neuer Botanischer Garten Vorlage: VO/2078/2013

Neuer Botanischer Garten: Der Antrag liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.
Der Stadtverordnetenvorsteher weist daraufhin, dass der Beschlusstenor eingangs der Sitzung geändert wurde und stellt die **geänderte Antragsfassung** zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die hessische Landesregierung wird gebeten, nach der erfolgreichen Aufnahme in die hess. Denkmalliste als Garten- und Parkanlage,

sich um Fördermittel für den Neuen Botanischen Garten u. a. bei der

Deutsche Stiftung Denkmalschutz zu bewerben, um den weiteren Fortbestand zu gewährleisten.

---

zu 10 Anträge der Fraktionen

---

zu 10.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. Oberstadtwache durchgehend besetzen
Vorlage: VO/1799/2012

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss am 19. Februar beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung, da kein Mitglied der FDP-Fraktion anwesend war.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur März-Sitzung.

---

zu 10.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Denkmalschutz Neuer Botanischer Garten
Vorlage: VO/1820/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag nach Beratung mehrheitlich für erledigt erklärt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diese Erledigt-Erklärung auch in der Stadtverordnetenversammlung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei sowie Enthaltung aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

---

zu 10.3 Antrag der Marburger Bürgerliste betrifft: Oberhessenschau
Vorlage: VO/1956/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag nach Erläuterungen durch den Magistrat für erledigt erklärt.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Antrag für erledigt. Eine Abstimmung erübrigt sich somit.

---

zu 10.4 Antrag der Marburger Bürgerliste betrifft: Verbindungsstraße Michelbach zur L 3381 Vorlage: VO/1957/2013

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Nach den Ausführungen des Magistrats hat die MBL-Fraktion die Vorlage zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 10.5 Antrag der MBL Fraktion betr. Kein Fahrradverkehr in der Fußgängerzone der Oberstadt Vorlage: VO/1960/2013

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Nach den Ausführungen des Magistrats hat die MBL-Fraktion die Vorlage zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 10.6 Antrag der MBL-Fraktion betr. Videoüberwachung Vorlage: VO/1961/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung dieses Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der MBL-Fraktion, Enthaltung der CDU-Fraktion und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 10.7 Antrag Marburger Bürgerliste betrifft: Sinkende Einwohnerzahlen in Marburg Vorlage: VO/1964/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD).

Im Haupt- und Finanzausschuss hat die antragstellende Fraktion den Beschlusstext um die Formulierung „nach Vorliegen der Ergebnisse des Zensus“

ergänzt.
In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den **ergänzten Antragstext** abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert nach Vorliegen der Ergebnisse des Zensus die Ursachen für die sinkenden Einwohnerzahlen in Marburg zu analysieren und einen Bericht über Hintergründe, Ursachen und Faktoren, die Einfluss auf die Einwohnerzahl haben, vorzulegen.

---

zu 10.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Keine Privatisierung der Wasserversorgung
Vorlage: VO/1973/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss wurde die Ziffer 1. und 4. des Antragstextes geändert, sodass der Beschlusstext nunmehr folgenden Wortlaut hat:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Forderungen des Städte- und Gemeindebundes, der VKU, des BDI und vieler anderer an und fordert die Europäische Kommission auf, ihre Pläne, die Wasserversorgung zu privatisieren, fallen zu lassen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser ein zentrales öffentliches Gut ist und damit ein wichtiges Element der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es ist Aufgabe aller politischen Ebenen - von der Europäischen Union, über die Bundes- und Landesregierungen bis zu den Städten, Gemeinden und Landkreisen - dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung haben.

3. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den EU-Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.

4. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich diesen Forderungen anzuschließen und zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden den Vorschlag der EU-Kommission abzulehnen. Somit soll gegenüber der EU-Kommission der entschiedenen Ablehnung einer Privatisierung der Versorgung mit Trinkwasser mehr Gewicht verliehen werden.“

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Dem Antragstext haben sich die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BFM und die Piraten Partei angeschlossen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den **geänderten Antragstext** abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Forderungen des Städte- und Gemeindebundes, der VKU, des BDI und vieler anderer an und fordert die Europäische Kommission auf, ihre Pläne, die Wasserversorgung zu privatisieren, fallen zu lassen.**

2. **Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser ein zentrales öffentliches Gut ist und damit ein wichtiges Element der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es ist Aufgabe aller politischen Ebenen - von der Europäischen Union, über die Bundes- und Landesregierungen bis zu den Städten, Gemeinden und Landkreisen - dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung haben.**

3. **Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den EU-Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.**

4. **Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich diesen Forderungen anzuschließen und zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden den Vorschlag der EU-Kommission abzulehnen. Somit soll gegenüber der EU-Kommission der entschiedenen Ablehnung einer Privatisierung der Versorgung mit Trinkwasser mehr Gewicht verliehen werden.**

zu 10.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Historischer Stadtgraben Vorlage: VO/1978/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss spricht der Vorsitzende Stadtverordnete Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss wurde der Beschlusstext auf folgende Fassung abgeändert:

"Der Magistrat wird aufgefordert, für den Bebauungsplan Nr. 39 für das Gebiet zwischen Barfüßertor und Sybelstraße östlich des Heugässchens, rechtskräftig seit 8. Mai 1973, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass eine Bebauung auf diesem Grundstück nicht möglich ist. Zugleich soll angestrebt werden, eine öffentliche Erlebbarkeit des Stadtgrabens zu schaffen."

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die **geänderte Antragsfassung** abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den Bebauungsplan Nr. 39 für das Gebiet zwischen Barfüßertor und Sybelstraße östlich des Heugässchens, rechtskräftig seit 8. Mai 1973, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass eine Bebauung auf diesem Grundstück nicht möglich ist. Zugleich soll angestrebt werden, eine öffentliche Erlebbarkeit des Stadtgrabens zu schaffen.

---

zu 10.11 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Hinweise auf „radlos“ Fahrradabstellplätze Vorlage: VO/1980/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt der studentischen Gruppe "radlos" die Genehmigung zu erteilen, an Fahrradabstellplätzen im Stadtgebiet geeignete Hinweise auf "radlos"-Abstellplätze anzubringen.

---

zu 10.12 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Auszeichnung von familienfreundlichen Unternehmen Vorlage: VO/1981/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die FDP ist dem Antrag beigetreten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Marburger Linke mit dem übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten Marburger Unternehmen auszuzeichnen, die ihrer Belegschaft familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten anbieten. Dafür sollen Kriterien wie beispielsweise das Anbieten von Teilzeitmodellen oder geregelte Anstellungsverhältnisse entwickelt werden, die das Anliegen deutlich machen und die Unternehmen motivieren, sich für Familienfreundlichkeit in ihren Betrieben zu engagieren. Die Auszeichnung soll in zweijährigem Abstand vergeben werden und mit einer öffentlichen Präsentation und Ehrung im Rathaus erfolgen. Eine Dotierung des Preises ist nicht vorgesehen.

---

zu 10.13 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Schiebehilfe für Fahrräder an Treppen
Vorlage: VO/1990/2013

Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden und die antragstellende BFM-Fraktion hat die Vorlage zunächst zurückgestellt und an den Radverkehrsbeirat zur Erörterung überwiesen.

Im Bau- und Planungsausschuss soll der Antrag in der Aprilsitzung beraten werden. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Der Antrag wird zunächst an den Radverkehrsbeirat zur Stellungnahme weitergeleitet.

In der Aprilsitzung des Bau- und Planungsausschuss soll er dann erneut beraten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Radverkehrsbeirat und stellt diesen zurück bis zur Aprilsitzung.

---

zu 10.14 Antrag der Fraktion MBL betr. : Wettbewerb "Stadt der jungen Forscher"
Vorlage: VO/1992/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss hat den Antrag der MBL-Fraktion beraten.

Der Beschlusstext wird um das Wort **„weiterhin“** ergänzt, sodass der Antrag folgenden Wortlaut hat:

"Der Magistrat wird aufgefordert weiterhin zu prüfen, ob eine Teilnahme der Universitätsstadt Marburg an dem Wettbewerb "Stadt der jungen Forscher" Erfolg versprechen könnte."

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die ergänzte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert weiterhin zu prüfen, ob eine Teilnahme der Universitätsstadt Marburg an dem Wettbewerb "Stadt der jungen Forscher" Erfolg versprechen könnte.

---

zu 10.15 Antrag der CDU- Fraktion betr. Änderung der Richtlinien zur

Förderung der Jugendarbeit in der Stadt Marburg vom 16. Mai 2002
Vorlage: VO/1998/2013

Der Antrag ist vom Sozialausschuss und im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde dort nach Erläuterungen durch den Magistrat von der antragstellenden Fraktion bis auf Weiteres zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis auf Weiteres.

---

zu 10.16 Antrag der CDU- Fraktion betr. Anbindung Oberstadt
Vorlage: VO/1999/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Musket (SPD). Der Antragstext wurde im Umweltausschuss ergänzt. Im zweiten Absatz, soll nach dem Wort „Außen-Rolltreppe" **"oder eine andere Maßnahme"** eingefügt werden.

In dieser ergänzten Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Bau- und Planungsausschuss hat die Ergänzung aus dem Umweltausschuss übernommen und empfiehlt insofern ebenfalls die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den **ergänzten Antragstext** abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Magistrat wird gebeten, Konzepte zur besseren Anbindung der Oberstadt, insbesondere für eine bessere Verbindung von Gutenbergstraße und Barfüßerstraße, zu erarbeiten.

2. Der Magistrat wird gebeten, bzgl. einer besseren Verbindung von Gutenbergstraße zur Barfüßerstraße zu prüfen, ob diese durch eine „Außen-Rolltreppe“ oder eine andere Maßnahme bewerkstelligt werden kann.

---

zu 10.18 Antrag der CDU- Fraktion betr. Informationsveranstaltung zum quartierbezogenen Wohnen für ältere Menschen
Vorlage: VO/2001/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext ist im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

"Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin in Kooperation mit den Ortsbeiräten und den Initiativen vor Ort Informationsveranstaltungen zur quartierbezogenen Versorgung älterer, pflegebedürftiger und behinderten Menschen in den Stadtteilen durchzuführen."

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die **geänderte Antragsfassung** abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin in Kooperation mit den Ortsbeiräten und den Initiativen vor Ort Informationsveranstaltungen zur quartierbezogenen Versorgung älterer, pflegebedürftiger und behinderten Menschen in den Stadtteilen durchzuführen."

---

zu 10.19 Antrag der Bürger für Marburg betr. Berücksichtigung einer Markthalle bei „Plan B“ des Magistrates für das Allianzhaus Vorlage: VO/2002/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Meyer (SPD). Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss auf folgende Antragsfassung abgeändert:

"Der Magistrat wird bebeten, in Gesprächen mit dem Eigentümern/Investoren des Allianzhauses bei der konzeptionellen Ausarbeitung des "Planes B" für das Allianzhaus die zusätzliche Möglichkeit einer Markthalle zu erörtern."

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Der geänderte Antragstext wurde von der BFM übernommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die **geänderte Antragsfassung** abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung von Marburger Linken, Piraten Partei und MBL bei Zustimmung aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird bebeten, in Gesprächen mit dem Eigentümern/Investoren des Allianzhauses bei der konzeptionellen Ausarbeitung des "Planes B" für das Allianzhaus die zusätzliche Möglichkeit einer Markthalle zu erörtern.

zu 10.20 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Kein Qualitätsabbau in hessischen Kindertagesstätten Vorlage: VO/2004/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU und Zustimmung aller übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den von der CDU-FDP-Koalition im Hessischen Landtag vorgelegten Entwurf des sog. Kinderförderungsgesetzes ab. Das Gesetz steht im Gegensatz zu den Zielen einer guten, pädagogisch sinnvollen Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen und angemessenen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Es wird vielmehr dazu beitragen, die Qualität der Arbeit der Kinderbetreuungseinrichtungen zu verschlechtern.

Deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat der Universitätsstadt Marburg auf, in der anstehenden parlamentarischen Beratung über die kommunalen Spitzenverbände, die Fachverbände und auch gegenüber Sozialminister Güttner darauf hinzuwirken, dass der Entwurf des Kinderförderungsgesetzes zurückgenommen und umfassend überarbeitet wird. Der Magistrat wird aufgefordert, dabei deutlich zu machen, dass es die Aufgabe des Landes Hessen sein muss, die Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen von U3 bis zu Betreuungsangeboten in der Grundschule nachhaltig zu verbessern statt zu verschlechtern. Das bezieht sich insbesondere auf die Gruppengrößen, die Qualifikation, Fortbildung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten sowie eine angemessene anteilige Finanzierung der Einrichtungen durch das Land Hessen.

---

zu 10.21 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Richtlinien für Sozialen Wohnungsbau
Vorlage: VO/2005/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Rink (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP und mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, Richtlinien für die Vergabe der im Haushalt 2013 vorgesehenen Mittel für Sozialen Wohnungsbau zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Mit diesen Richtlinien soll auch eine angemessene Mietpreisbindung verknüpft werden.

---

zu 10.22 Antrag der Bürger für Marburg betr. Überprüfung des Denkmalschutzes der GeWoBau - Wohnanlage ‚Auf der Weide' Vorlage: VO/2034/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von BFM und Marburger Linken, Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 10.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Anweisung zum Aufbau einer Werksfeuerwehr Rhönklinikum nach § 14 HBK Vorlage: VO/2037/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Rink (SPD).
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert das Regierungspräsidium Gießen auf, unverzüglich anzuordnen, dass das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) am Standort Marburg nach §14(1) HBKG (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz) eine Werksfeuerwehr einzurichten hat.

---

zu 10.24 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufrechterhaltung der Dienstwohnungen der Feuerwehr Marburg auf dem Feuerwehrgelände Marburg-Mitte Vorlage: VO/2038/2013

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Rink (SPD). Die antragstellende Fraktion Marburger Linke hat im Haupt- und Finanzausschuss der Antragstext abgeändert, die Formulierung **„Dienstwohnungen"** wurde in **„Wohnungen"**

umgeändert. In dieser Fassung hat der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Aussprache wurde angemeldet.

Diese Vorlage war auch Thema der Beratungen im Ältestenrat am 21. Februar. Dort wurde ein **Änderungsantrag** der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt, der den Beschlusstext wie folgt neu gefasst hat:

"Der Magistrat wird aufgefordert, Nutzungsänderungen der sogenannten Dienstwohnungen für Feuerwehreinsatzkräfte auf der Liegenschaft Hauptfeuerwache Marburg Mitte nur im Konsens mit den betroffenen Feuerwehren umzusetzen."

Dieser Änderungsantrag wurde heute allen Stadtverordneten auf die Tische gelegt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt den **Änderungsantrag** in dieser Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, Nutzungsänderungen der sogenannten Dienstwohnungen für Feuerwehreinsatzkräfte auf der Liegenschaft Hauptfeuerwache Marburg Mitte nur im Konsens mit den betroffenen Feuerwehren umzusetzen.

---

zu 10.25 Antrag der Bürger für Marburg betr. Erhalt des Marktfrühschoppens Vorlage: VO/2041/2013

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Er wurde dort von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt bis zur Märzsitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Märzsitzung.

---

zu 10.26 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Konzept für eine quartiersbezogene Altenhilfe auf dem Richtsberg Vorlage: VO/2048/2013

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss und im Sozialausschuss bereits beraten. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 19. Februar erneut an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat jedoch eingangs der heutigen Sitzung auf Geschäftsordnungsantrag der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) beschlossen, den Antrag **erneut im Haupt- und Finanzausschuss** und

nicht im Sozialausschuss zu beraten.

Somit wird die Vorlage erneut an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

---

zu 11 Kenntnisnahmen

---

zu 11.1 Geschwindigkeitskataster
Vorlage: VO/1971/2013

Die Stadtverordnetensammlung nimmt die Stellungnahme des Fachdienstes 33 - Straßenverkehrsbehörde - zu dem Geschwindigkeitskataster zur Kenntnis.

---

zu 11.2 Bericht des Antikorruptionsbeauftragten
Vorlage: VO/2036/2013

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht 2012 des Antikorruptionsbeauftragten zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 20:18 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe

Wagner

Vorsitzender der CDU-Fraktion	Protokoll und Geschäftsstelle

Anlagen

1. **Dringliche Anträge**
2. **Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen Nr. 19 bis 22**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke	**Vorlagen - Nr.:** **Status:** **Datum:** **Eingang:**	**VO/2078/2013** **öffentlich** **21.02.2013** **21.02.2013**	**TOP 9.1**
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
Beratende Gremien:	**Stadtverordnetenversammlung Marburg**		

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Neuer Botanischer Garten

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Hessische Landesregierung wird gebeten, nach der erfolgreichen Aufnahme in die hess. Denkmalliste als Garten- und Parkanlage,

sich um Fördermittel für den Neuen Botanischen Garten u.a. bei der Deutsche Stiftung Denkmalschutz zu bewerben, um den weiteren Fortbestand zu gewährleisten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Fraktion Marburger Linke

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: VO/2082/2013 Status: öffentlich Datum: 22.02.2013 Eingang: 22.02.2013	TOP 9.2
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Dringlicher Antrag der CDU- Fraktion betrifft: Übergangslösung G8 – G9

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderung des elternbund hessen e.v (ebh) und fordert die Landesregierung mit Nachdruck auf, bis spätestens zu den Sommerferien eine Übergangslösung für Gymnasien zu schaffen, die künftig kein G8 mehr anbieten wollen. Sie sollten den laufenden Klassen fünf und sechs erlauben, spätestens ab Klasse sieben nach G9 beschult zu werden.

Begründung:

Eine Umfrage der Eltern in Marburg hat ergeben, dass die Rückkehr nach G9 auch der fünften und sechsten Klassen gewünscht wird. Es sollte die Möglichkeit bestehen, dass Schulen selbst entscheiden können, welchen Übergang sie schaffen möchten. In einer Demokratie sollte der Elternwunsch respektiert und berücksichtigt werden. Es kann nicht sein, dass wieder einmal fehlgeschlagene Politik auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen wird.

Karin Schaffner **Mathias Range**

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 28. Februar 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Henning Köster
Wilhelm Roser Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 22.02.2013
hier: Frage Nr. 19

Trifft es zu, dass sich das Regen-Rückhaltebecken in der Marbach im Bereich der Straßenkreuzung Höhenweg und Unterer Eichweg infolge unterlassener Wartung mittlerweile in einem Zustand befindet, den viele Marbacher als verwahrlost beschreiben (Schilfüberwucherung, Sedimentablagerung, Besucherbänke seit sechs Jahren nicht mehr gestrichen, Müll, fehlender Müllkorb) und wann wird die zugesagte Abhilfe geleistet?

Sehr geehrter Herr Köster,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Einschätzung, dass das Regen-Rückhaltebecken verwahrlost sei, wird nicht geteilt.

Das Rückhaltebecken „Auf der Eiche" im Stadtteile Marbach besitzt einen Dauerstau, der sich auch durch die Speisung einer zurück gebauten Quellfassung oberhalb des Beckens, zu einem Biotop entwickelt hat. Ingesamt befindet sich die Anlage in einem guten Zustand.

Neben den jährlichen Mäharbeiten an den Böschungen des Beckens, muss rd. alle 5 Jahre im Dauerstaubereich der Bewuchs und Schwemmmaterial geräumt werden. Für die Fauna und Flora im Biotop stellt der Vorgang einen erheblichen Eingriff dar. Teilbereiche müssen stehen gelassen werden, damit eine Wiederbesiedlung der geräumten Flächen möglich ist.

Deshalb findet die Räumung, jeweils in Absprache mit der Naturschutzbehörde, erst bei dringender Notwendigkeit statt. Ansprüche an eine Anlage mit Parkcharakter können und sollen hier nicht erfüllt werden.

Die nächste Räumung soll im Herbst 2013 stattfinden.

Auf der Deichkrone soll demnächst ein Müllbehälter aufgestellt werden. Da die gepflasterte Dammkrone beim Überlaufen des Beckens überströmt wird, ist ein normaler Behälter hier ungeeignet. Es wird nach einem passenden Modell gesucht.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 28. Februar 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 22.02.2013
hier: Frage Nr. 20

Wir wirkt sich die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auf die Existenz der Marburger Schrotthändler, die überwiegend als Familienbetriebe organisiert sind, aus?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Gewerbliche Sammlungen sind nach der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes § 18 Absatz 1 zulässig, sind aber beim RP Gießen, anzuzeigen, Der RP informiert seit in Kraft treten die Kommunen und bittet um Stellungnahmen zu den angezeigten Sammlern.
Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 08.10.2012 beschlossen, dass bei Anzeigen von gewerblichen und gemeinnützigen Sammlungen für die Abfallfraktionen Altkleider, Altschuhe und Altmetalle dem RP pauschal die Zustimmung der Stadt Marburg aus abfallrechtlicher Sicht als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger erteilt wird.
Bei Bedenken gegen die persönliche und wirtschaftliche Zuverlässigkeit des Sammlers wird von dem FD 32 – Gefahrenabwehr und Gewerbe – wie bisher das Dezernat 32/Gewerberecht beim RP informiert.
Das Verfahren müsste bei den Einsammlern inzwischen bekannt sein. Anträge sind nach wie vor an den RP Gießen zu richten.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 28. Februar 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 22.02.2013
hier: Frage Nr. 21

Wie beurteilt der Magistrat das im Teilregionalplan Energie im Süden Marburgs ausgewiesene Gebiet zur Gewinnung von Windenergie?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das südlich von Ronhausen/Bortshausen gelegene, die Gemarkungsgrenze überschreitende, im Entwurf 2012 des Teilregionalplan Energie Mittelhessen enthaltene Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie wird positiv beurteilt.

Das Gebiet ist in dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juni 2012 zur Aufnahme in den Regionalplan nicht mit aufgenommen worden, da es sich zu einem weitaus größeren Teil (ca. 4/5) auf den Gemeindegebieten von Ebsdorfergrund und Weimar befindet. Eine Entwicklung dieses Gebietes sollte deshalb gemeinsam mit diesen Gemeinden geschehen.
Vor diesem Hintergrund hat es nicht die oberste Priorität bei der Entwicklung von regenerativer Windenergie für die Stadt Marburg. Sollten die Gemeinden Ebsdorfergrund und Weimar dieses Gebiet gemeinsam entwickeln wollen, wird dies befürwortet.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 28. Februar 2013
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Wieland Stötzel
Rollwiesenweg 2a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 22.02.2013
hier: Frage Nr. 22

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen über den Sachstand zur Einrichtung einer Werksfeuerwehr am Uniklinikum durch die Rhön AG.(Bestandteil des aktuellen Bedarfs und Entwicklungsplanes).

Sehr geehrter Herr Stötzel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das Unternehmen Rhönklinikum unterhält eine Betriebsfeuerwehr, die den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe im Klinikumsbereich sicherstellen soll.
Mit den Umbaumaßnahmen und diversen Erweiterungsbauten wurde diese Struktur durch das zuständige Regierungspräsidium als nicht ausreichend eingestuft.
Zu diesem Zwecke führten Geschäftsführung und RP Verhandlungen, die als Resultat den Aufbau einer Werkfeuerwehr bis Ende 2012 vorsah. (Standorte Gießen und Marburg, mindestens 6 Einsatzkräfte, Leitung im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst).
Die Leitung der Feuerwehr Marburg war an den Beratungen beteiligt und übernahm für die Dauer der geplanten Strukturierungsmaßnahmen 2010 bis 2012 die Funktion des zentralen Brandschutzbeauftragten (Vertrag). Die Kommunikation zwischen den Verantwortlichen und Beteiligten verlief stets schleppend. Sicherlich war dies den ständigen Wechseln innerhalb der Geschäftsführung geschuldet.
Eine Anfrage über die den derzeitigen Sachstand und die derzeitige Entwicklung aus Quartal IV/2012 blieb von der jetzigen Geschäftsführung unbeantwortet.
Das zuständige Regierungspräsidium wurde informiert und Abhilfe erbeten.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Egon Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister